



Industrie- und Handelskammern  
in Bayern

# INFORMATIONEN

## FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

**Ihr Ansprechpartner**  
Florian Reil

**Mail**  
reil@muenchen.ihk.de

**Telefon**  
089 5116-2012

**Datum**  
26.07.2023

### **Bayerische Industrie investiert zunehmend im Ausland**

BIHK-Umfrage: Investitionsbereitschaft im Inland sinkt deutlich

München – Bayern steht vor einer wachsenden Gefahr der Deindustrialisierung, da immer mehr heimische Industriebetriebe statt im Inland lieber im Ausland investieren wollen. Nach einer Umfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK) unter 900 bayerischen Industrieunternehmen liegen die Absichten für Inlandsinvestitionen aktuell deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Für die Auslandsinvestitionen zeigt sich indes das umgekehrte Bild. „Der Investitionssaldo fürs Inland fällt mit 6 Punkten auf ein Niveau, das wir bisher nur aus Krisenzeiten kennen“, sagt BIHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl. Dagegen rangieren die Auslandsinvestitionen mit einem Saldowert von 19 Punkten in der Nähe von Höchstständen. Der Saldo ist die Differenz der Prozentanteile der Antworten „mehr Investitionen“ und „weniger Investitionen“.

Skepsis gegenüber dem Standort signalisieren zudem die abgefragten Investitionsmotive. „Kapazitätserweiterungen finden ganz überwiegend im Ausland statt. Sie sind für 59 Prozent der Auslandsinvestitionen das Motiv, aber nur für 31 Prozent der Inlandsinvestitionen. Bei den Investitionen im Inland spielt dagegen ‚Energieeffizienz/ Umweltschutz‘ eine immer größere Rolle, während andere Motive wie ‚Produktinnovation‘ und im langjährigen Vergleich selbst ‚Ersatzbeschaffungen‘ kontinuierlich an Bedeutung verlieren. Wenn in unseren bayerischen Industriestandorten zu wenig in Innovationen und Erweiterungen investiert wird, dann bedeutet das langfristig das Aufzehren der heimischen Industriesubstanz. An ihr hängen im Freistaat 1,3 Millionen gut bezahlte Arbeitsplätze“, so der BIHK-Chef.

„Die Politik muss schnellstmöglich handeln, um der Industrie und dabei besonders dem Mittelstand wieder eine Zukunft bei uns zu geben“, betont Gößl. Dazu gehören an erster Stelle international wettbewerbsfähige Energiepreise, steuerliche Maßnahmen für mehr Investitionen und für mehr Erwerbstätigkeit sowie das klare Ziel, in Europa die schnellste Verwaltung und den schnellsten Ausbau der Infrastrukturen – ob Wohnen, Energie, Telekommunikation oder Verkehr – zu schaffen.